

Arbeiter-Zeitung

A

ersch. täglich
Wochenlohn = 2,11
monatlich 2,15
abgabepflichtige
Mitarbeiter
Anzeigensatz
am 1. April 1932
in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

**Warum bist du noch
nicht als
roter Wahlhelfer tätig?**

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-
sprecher 460 39. Volkshaus: Breslau
Nr. 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorder-
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17-18 Uhr. — Verlagsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Rote Heerschau in Breslau

Gegen Krieg, Hunger, Faschismus, für ein rotes Preußen, ein freies sozialistisches Rätedeutschland! — Zahlreiche Betriebsdelegationen — Auch die Waldenburger Bergtumpels begrüßen Thälmann — Landarbeiter und Kleinbauerndelegierte rufen auf zur Schaffung des Kampfbündnisses zwischen Stadt und Land

Breslau, 5. März. Das rote Breslau war gestern wiederum unter den Losungen: Krieg dem imperialistischen Kriege, für die Verteidigung der Sowjetunion und Sowjetchinas, gegen Notverordnungsdiktatur, Lohn- und Unterstützungsräub, für Arbeit und Brot, gegen Hindenburg und Hitler, die Kandidaten der Ausbeuterklasse, für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann in der Jahrhunderthalle aufmarschiert. Die Jahrhunderthalle war überfüllt. 12 000 Arbeiter, kleine Angestellte und Beamte, Kleingewerbetreibende, Frauen und arbeitende Jugend begrüßten stürmisch den Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, den Genossen Ernst Thälmann.

Der Einmarsch der Betriebsdelegationen einiger Breslauer Betriebe, der Waldenburger Bergtumpels, Binnenschiffer, Landarbeiter und Kleinbauern rief eine heile Begeisterung unter den Tausenden aufmarschierter werktätiger Männer und Frauen hervor. Die Redner der einzelnen Delegationen wurden gleichfalls stürmisch begrüßt.

Aus allen Richtungen des schlesischen Parteibezirks waren Parteigenossen und -genossinnen und Mitglieder der revolutionären Massenorganisationen per Bahn und Rad erschienen, um ihren Führer zu begrüßen.

Die Demonstrationen zogen in den Stadtteilen und dann der gesamte gewaltige Demonstrationzug wurde von Tausenden Arbeitern, Frauen und Kindern, die auf den Straßen Spalier bildeten, auf das lebhafteste begrüßt. Sehr viele SAP- und SPD-Arbeiter waren zur Kundgebung gegen den imperialistischen Krieg aufmarschiert.

In einem glänzenden, fast zweistündigen Referat entwickelte Genosse Thälmann das Programm der Kommunistischen Partei für den außerparlamentarischen Massenkampf, gegen die Diktatur des Kapitals, gegen Faschismus, Hunger und Krieg, für die rote Kampfkandidatur der deutschen Arbeiterklasse, die immer wieder von stürmischen Beifallsstürmen unterbrochen wurde. (Morgen veröffentlichen wir ausführlich diese Kampfspreche.)

Die rote Heerschau des arbeitenden Breslaus unter Führung der Kommunistischen Partei war eine machtvolle Kampfanlage gegen die herrschende Klasse, gegen Hindenburg, Brüning, Hitler, Severing und Braun, für den Klassenkandidaten der Armen, für den Führer des Kampfes um die nationale und soziale Befreiung des deutschen arbeitenden Volkes, für ein rotes Preußen in einem freien sozialistischen Rätedeutschland. Diese Kampfanlage muß in den nächsten Tagen und Wochen durch die Organisierung von revolutionären Massenkämpfen, von Streiks gegen Lohnraub und Kriegsproduktion zur Tat werden. Das rote Breslau muß sich morgen, am Kampftag gegen den imperialistischen Krieg, an den Demonstrationen der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen beteiligen.

Genosse Thälmann ruft zum Massenkampf

gegen Notverordnungsdiktatur, Hunger und Krieg, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Der Führer der Kommunistischen Partei, Genosse Thälmann, wurde, als er die Rednertribüne bestieg, erneut von stürmischen Beifallsstürmen begrüßt. Er überbrachte im Namen des Zentralkomitees der KPD. den ausgebeuteten Schichten im Osten Deutschlands heiße revolutionäre Grüße. Es sei für ihn eine besondere Freude, hier im Osten Deutschlands zu den ausgebeuteten Arbeitern und wertvollen Bauern sprechen zu können, da hier die kapitalistische Klasse besonders schwer die arbeitende Klasse trifft. Das Verfallene Tributsystem schnürt hier besonders stark den Arbeitern und armen Bauern die Kehle zu. Die Abtrennung Oberschlesiens hat sich schädigend gegen die werktätige Klasse ausgewirkt. Hier in Schlesien sieht man am stärksten den Fäulnisprozess des niedergehenden kapitalistischen Systems. Die Zahl von 150 000 Erwerbslosen in Breslau, davon 43 000 Wohlfahrtsarbeiter, widerspiegelt das Elend in Schlesien. In den letzten einhalb Jahren sind in Breslau 10 000 Exmatrikulationen vorgenommen worden. Die Betriebsauslassungen und Massenentlassungen werden weiter durchgeführt.

Die Löhne in Schlesien sind am niedrigsten und dafür die Profite der Kapitalisten am höchsten.

Die Lage der Landarbeiter und wertvollen Bauern ist unerträglich geworden. Die Ausbeuter der schlesischen Arbeiter und Bauern sitzen auch im „christlichen“ Zentrum. Die Geldgeber des Zentrums und der Nazis sitzen vor allem hier in Schlesien.

Kampfpappell an die SPD- und SAP-Arbeiter

Genosse Thälmann behandelt dann die Rolle der SPD- und SAP-Führer, die jahrelang die Arbeiterklasse betrogen haben. Die SAP-Arbeiter müssen erkennen, daß sie mit diesen Agenten von Wels brechen. Die Gründung der SAP ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, ein Anschlag gegen die rote Einheitsfront. Wenn heute die SAP-Führer die KPD auf der einen Seite tagtäglich verleumben und auf der anderen Seite für Thälmann „eintreten“, so ist das nur ein weiteres Betrugsmanöver zur Irreführung der launegewilligen SAP-Arbeiter.

Genosse Thälmann richtet einen Appell an die SPD- und SAP-Arbeiter und erwartet von ihnen, daß ihr Eintreten für den Klassen-

kandidaten der KPD. durch die Einreichung in die rote kämpfende Einheitsfront zum Ausdruck kommen muß. Wir reichen ihnen die Bruderhände zum gemeinsamen Kampfe für den Sieg des Sozialismus. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Genosse Thälmann geht dann auf die Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion ein. Das ist der Weg, auf dem die Kapitalisten versuchen, aus der Krise herauszukommen.

Was sich im Fernen Osten abspielt, geht jeden deutschen Arbeiter ebenso an wie die Millionen des chinesischen Volkes und wie die Ar-

Für ein rotes Preußen

Der Genosse Thälmann charakterisierte die Rolle der sozialdemokratischen Preußenregierung und zeigte klar und eindeutig auf, daß sie der Hort der Reaktion geworden ist. Die Politik war ausschließlich gegen die ausgebeutete Klasse gerichtet. In Severing-Preußen steigert sich von Tag zu Tag der Naziterror gegen das revolutionäre Proletariat. Die „Aktion“ Severings gegen die SA ist nur ein Wahlmanöver, um den sozialdemokratischen Arbeitern die Illusion zu erhalten, daß die SPD-Führer doch einen ernsthaften Kampf gegen die Nazis führen. Überall dort, wo die Kommunisten die Schließung der SA-Grüne und das Verbot der Mordkolonnen von Hitler und die Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes gefordert haben, hat die Sozialdemokratie all diese Anträge brutal abgelehnt.

Der Kampf gegen den faschistischen Mordterror muß in den Betrieben und Stempelstellen organisiert und geführt werden. Der rote Massenselbstschutz ist die beste Waffe im Kampfe gegen diesen Mordterror.

Sowjetmacht gibt Arbeit und Brot

In der Sowjetunion, dort wo die Kommunisten regieren, dort gibt es keine Arbeitslosigkeit, kein Elend, keinen Faschismus, keinen

Severing kneift!

Berlin, 5. April. (Sig. Drahtbericht.) Die Kundgebung der Kommunistischen Partei in der „Neuen Welt“ gestern abend, in die Severing herausgefordert war keine Politik zu verteidigen, war überfüllt. Um 20 Uhr eröffnete der Versammlungsleiter die Versammlung und stellte fest, daß Severing nicht erschienen ist. „Er wird schon wissen warum!“ rufen die Arbeiter im Saale. Genosse Kasper nimmt das Wort, von Beifall begrüßt. Er unterzieht die Politik der Preußenregierung einer vernichtenden Kritik. Genosse Kasper schildert die Politik der Preußenregierung und ruft dann: „Jetzt frage ich euch, ist das Demokratie oder Faschismus?“ Die einheitliche Antwort der Massen ist: „Das ist Faschismus.“ Genosse Kasper schließt: Unsere Parole lautet: Kämpft mit Thälmann, für ein rotes Preußen, für ein Rätedeutschland!

beiter und Bauern der Sowjetunion. Der Hauptkrieg des japanischen Imperialismus, durch den

der imperialistische Krieg aus einer Gefahr zur Tatsache geworden

ist, dient nicht nur dem verbrecherischen Plan, ein 400-Millionen-Volk mit einer vieltausendjährigen Kultur unter die imperialistischen Weltmächte aufzuteilen, sondern richtet sich darüber hinaus unmittelbar gegen den Frieden der Sowjetunion und ihren sozialistischen Aufbau.

Nie zuvor war die Bedrohung der Sowjetunion durch den Interventionskrieg so brennend und akut wie heute.

Was bedeutet das für das deutsche Proletariat? Jeder Klassenbewußte Arbeiter in Deutschland muß verstehen, daß der Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion ein Krieg gegen die Proletarier aller Länder ist. Die Sowjetunion, unser sozialistisches Vaterland, ist das Volkswort des Weltproletariats. Wer die Sowjetunion angreift, greift uns an. Jeder einzelne Arbeiter in Deutschland, Frankreich, England und auf der ganzen Welt muß sich der Verantwortung bewußt sein, die auf ihm ruht.

Jeder von uns, jeder von euch hat die Pflicht, im Sinne der Selbsterhaltung der proletarischen Klasse die Verteidigung der Sowjetunion, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg als oberste und wichtigste Aufgabe anzusehen.

Polizeiterror, sondern Arbeit, Brot und Freiheit. Das Deutschland der Hindenburg, Brüning, Hitler, Braun und Severing ist für die arbeitende Klasse zur Hölle geworden. Die deutsche Arbeiterklasse muß denselben Weg wie ihre russischen Klassengenossen gehen. Den revolutionären Ausweg aus Not und Elend zeigt nur die KPD, und unter ihrer Führung muß die deutsche Arbeiterklasse den Sturz des kapitalistischen Systems herbeiführen. Erst dann wird, wenn wir Kommunisten in Deutschland regieren, auch in Deutschland allen Werktätigen ein menschenwürdiges Leben garantiert.

Zehntausende von Arbeitern in Deutschland bekommen durch die sowjetrussischen Aufträge Arbeit und Brot. Die Sowjetregierung hat auch einen neuen Auftrag in Höhe von 20 Millionen Mark an die Eike-Hofmann-Werke in Breslau vergeben. Dadurch bekommen 1000 Arbeiter eine gewisse Zeit wieder Arbeit.

Die Stimmenabgabe am 10. April für den roten Arbeiterkandidaten und am 24. April für die kommunistische Liste muß ein erneutes Kampfbündnis gegen Notverordnungsdiktatur, Hunger und Krieg sein. Jede Stimme mehr am 10. und am 24. April für die Kommunisten sind Schläge gegen die herrschende Klasse und ihre Sateliten.

Der Genosse Thälmann erhebt seine glänzende Kampfspreche mit dem Appell an das arbeitende Breslau, unter Führung der KPD. und KPD. die rote Einheitsfront in den Betrieben und Stempelstellen zu bilden.

Rote Fahnen über Breslau!

Der gestrige Tag fand in Breslau im Zeichen des aufmarschierenden revolutionären Proletariats, das demonstrierte für den Kampf gegen den Imperialismus, mit dem Arbeiterkandidaten Thälmann an der Spitze. Schon in den frühen Morgenstunden flatterten rote Fahnen mit dem Revolutionsproletariats „Marsch dem imperialistischen Krieg“ über Breslau. In großen Schlangenlinien war in den bürgerlichen Zeitungen zu lesen: „Rote Fahnen auf Breslauer Kirchen“ und darunter die Feststellung: „Mit einer besonders geschmackvollen Wahlpropaganda haben die Breslauer Kommunisten den Wahlkampf eingeleitet.“

Die „Schlesische Zeitung“ berichtete von einer „vielhundertköpfigen Menge“, die sich ohne Anmeldung — demonstrativ versammelt hatte. Die Aktion gestaltete sich zu einem wichtigen Beweis für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

So riefte die Breslauer Arbeiterschaft zum Antikriegstag, der morgen, am 6. April, stattfinden und ein neuer wichtiger Auftakt für die Verteidigung Sowjetrusslands und Sowjetchinas werden soll.

Der Prozeß gegen den Attentäter Stern hat begonnen

Moskau, 5. April. (Eig. Drahtber.) Gestern hat in Moskau ein Prozeß begonnen, der durch seine Enthüllungen über die Kriegsherkämpfungen gegen die Sowjetunion geeignet ist, das Weltvölker zu einer neuen Revolution zu erheben. Der Prozeß gegen den Attentäter Stern und Wladimir der erste ist der Verteidigungsmann des Attentäters zu

den politischen Organisatoren, die ausschließlich die Verbindungsmänner des Verbrechens sind.

Wir wollen deutlich reden: Der Hauptorganisator des Attentäts ist heute im politischen Kabinett der Regierung des Herrn Pilsudski, der ein willfähriger Satel des französischen Generalstabes ist und wie bei allen vorhergehenden Verschwörungen gegen den sozialistischen Sowjetstaat ist auch diesmal die Hand der französisch-polnischen Imperialisten im Spiel. Sie hofften durch die Ermordung des deutschen Volkshelden den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Deutschlands und der Sowjetunion zu provozieren. Die Verschwörer haben am Frager, aber glauben nicht, daß ihre Entlassung sie an der Fortführung ihrer Treibereien hindern wird.

Genosse Stalin antwortet den Lügnern

Genosse Stalin schrieb an den amerikanischen Korrespondenten Richardson:

„Es ist nicht das erstemal, daß lügenhafte Gerüchte über meine Erkrankung in der bürgerlichen Presse verbreitet werden. Es gibt offensichtlich Leute, die daran interessiert sind, daß ich ernsthaft und für lange Zeit erkrankt bin, wenn nicht schlimmeres. Es mag vielleicht nicht ganz ausständig sein, aber ich habe leider keinerlei Anhaltspunkte, welche diese Herrschaften erziehen könnten. So traurig das auch sein mag, so kann man doch nichts an der Tatsache ändern, daß ich vö l l i g gesund bin. Was Herrn Zondek betrifft, so kann er sich mit der Gefährlichkeit anderer Genossen beschäftigen, zu welchem Zweck er auch in die UdSSR eingeladen wurde.“
S. Stalin.

Die Interventionsverschwörung in London

Die „nationale“ Regierung Macdonald-Paladin-Simon hat nach England, Frankreich und Italien zu einer Konferenz nach London eingeladen, um auf der Grundlage des Planes Tardieu die Frage der Schaffung einer Donaublockade zu behandeln. Bekanntlich hat die französische Regierung vorzuschlagen, zur angeblichen Verringerung der wirtschaftlichen Krise in den fünf Donauländern — Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien — Verträge über Wirtschaftliche (Börzengänge), Eisen- und Ausfuhrkontingente abzuschließen, also eine Art wirtschaftlicher Einheit an die Stelle der ehemaligen Habsburg-Monarchie zu legen.

Die ökonomische Unzulänglichkeit dieses Planes liegt klar auf der Hand. Die Nachkriegslagen der ehemaligen Habsburg-Monarchie bilden sogar im kapitalistischen Sinne keine ökonomische Einheit mehr. Österreich und die Tschechoslowakei haben in der Nachkriegszeit versucht, ihre Landwirtschaft zu entwickeln, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn versuchen, ihre Industrie zu entwickeln. Ein Abbau der Zollschranken und die Zulassung von Eisen- und Ausfuhrkontingenten auf kapitalistischer Grundlage würde nur die Konkurrenz zwischen den Industrien und der Landwirtschaft der verschiedenen Donauländer noch verschärfen, die wirtschaftliche Krise nur noch mehr vertiefen und viele Länder noch mehr als bisher von anderen Märkten abregeln. Die tschechischen, ungarischen, österreichischen, jugoslawischen und rumänischen Agrarier und Industriellen sind sich wohl klar darüber, daß dieser Plan der Schaffung einer Donaublockade keinerlei Verringerung, geschweige denn Lösung der ökonomischen Krise bringen könnte.

Selbstverständlich liegt dem französischen Imperialismus nicht die Liquidierung der katastrophalen ökonomischen und finanziellen Krise dieser Länder am Herzen. Der französische Imperialismus hat ganz andere Absichten: nachdem er Polen, Rumänien, Jugoslawien, Lettland, Finnland und die Tschechoslowakei schon seit Jahren in sein militärpolitisches Bündnis eingereiht hat, unternimmt er jetzt den Versuch, auch Österreich und Ungarn in dieses System einzugliedern. Der „Gendarm Europas“, wie der Pazifist Feilach einst den französischen Imperialismus bezeichnet hat, will die Antisowjetfront härten, die Intervention beschleunigt vorbereiten.

Die wirklich katastrophale wirtschaftlich-finanzielle Lage Österreichs und Ungarns soll dazu ausgenutzt werden, diese Länder zu einem wohlfeilen Preis in den Antisowjetblock

der unter Führung Frankreichs steht, einzugliedern. Die Anzeichen, die sie erhalten sollen, stellen den Lohn für ihre blutigen Hintersdienste im Interventionskrieg gegen die Sowjetunion dar.

Selbstverständlich verfolgt der französische Imperialismus hierbei auch noch andere Ziele: die Schaffung des Donaublocks ist gleichzeitig eine Antwort auf den Versuch des deutschen Imperialismus, eine Zellunion zwischen Österreich und Deutschland zu schaffen. Der Donaublock soll ein für allemal die Antisowjetfront aus der Welt schaffen. In diesem Sinne bedeutet der Plan Tardieu einen Anschlag auf das nationale Selbstbestimmungsrecht Österreichs, und einen Riegel vor jeden eventuellen zukünftigen Versuch des neudeutschen Imperialismus, nach Süden und Südosten Europas vorzudringen. Der Tardieu-Plan ist aber in diesem Zusammenhang nicht allein gegen Deutschland, sondern auch gegen Italien gerichtet. Der italienische Faschismus verlierte, seine Positionen nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in den Donauländern auszubauen, wobei er sich hauptsächlich auf das faschistische Ungarn und auf Österreich stützte.

Aber die Gegensätze zwischen den Donauländern einerseits und zwischen den imperialistischen Ländern andererseits schufen gewisse Schwierigkeiten bei der Bildung des Antisowjetblocks, bei der Zusammenschließung aller konterrevolutionären Kräfte der militärisch-faschistischen Diktatur Jugoslawiens, der faschistischen Terrordiktatur Rumaniens, der offen faschistischen Diktatur Ungarns und der reaktionären, sich immer mehr faschisierenden Kräfte in der Tschechoslowakei und in Österreich. Diese Gegensätze wurden noch bedeutend verschärft durch das System der Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon, wie es auch klar ist, daß die besonders tiefe Krise in diesen Ländern gerade durch diese „Friedensverträge“ zum Teil mitbedingt ist. Ebenso klar ist es aber auch, daß diese Friedensverträge nicht der einzige Grund dieser Krise sind, wie das die nationalfaschistische Demagogie hinzuzustellen versucht.

Die Londoner Konferenz stellt den Versuch dar, die Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten und den Donauländern zeitweilig zurückzustellen, um eine gemeinsame Verständigungspolitik gegen die Sowjetunion und die revolutionäre Bewegung in diesen Ländern zustande zu bringen. In diesem Sinne bedeutet die Londoner Konferenz einen bedeutenden Schritt in der Richtung der Stärkung der Antisowjetfront, der beschleunigten Vorbereitung der Intervention.

Im Organ des britischen Imperialismus, der „Times“ vom 23. März, wird kein Hehl daraus gemacht, daß es sich gerade um einen solchen Versuch handelt. Die „Times“ betont, daß Frankreich für die Verwirklichung des Donaublocks auch etwas zu bieten habe und zu bieten bereit sei. Das Organ des englischen Imperialismus zählt auch die Fragen auf, in welchen Frankreich gewisse Zugeständnisse an Italien zu machen bereit sei, und zwar sind dies: die Frage der Küstung zur See, der Lage der italienischen Unternehmungen in den nordafrikanischen Kolonien des französischen Imperialismus, in erster Reihe in Tunis, die Grenzfragen zwischen der italienischen Kolonie Lybien und dem französischen Kolonialbesitz in Nordafrika, ferner sogar die Frage der Unterdrückung der antisowjetischen Organisationen in Frankreich selbst, die Frage der italienischen Emigration nach Frankreich und gewisser Zugeständnisse bei der Aufteilung der Kolonien überhaupt. Gleichzeitig weisen die „Times“ auch darauf hin, daß Frankreich bereit sei, in der Frage der Aufrüstung, in der Reparationsfrage und in der Auslegung gewisser Punkte der Friedensverträge bestimmte Konzessionen zu machen. Selbstverständlich handelt es sich nur um unwesentliche Zugeständnisse, die am Wesen des Versailles Systems nichts ändern und die Young-Plan-Verträge aufrechterhalten werden.

Deutschland wird hierbei für seine Unterstützung beim Zustandekommen dieser Konvention ein Spottpreis angeboten, was durch Deutschlands slavische Abhängigkeit im System des Versailles Friedensvertrages, des Youngplanes und durch die ganze Politik der deutschen Bourgeoisie bedingt und erklärlich ist.

Die Verwirklichung der Donaublockade würde bei antipolitischen Aktivitäten des deutschen Imperialismus den letzten engen Spielraum nehmen und damit den Bankrott der deutschen Bourgeoisie, den Bankrott ihrer letzten Hoffnung auf eine Vorkriegs-Verkauf der Besseren, festsetzen.

In seiner letzten Rede vor dem französischen Senat betonte Tardieu nochmals, daß das Ziel der französischen Politik die vollkommene Wiederherstellung der Entente mit England sei. Und Tardieu konnte sich nicht ohne Grund damit brüsten, daß auf diesem Gebiete schon weitgehende Resultate erzielt worden seien. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß mit Italien die alten Beziehungen, wie sie während des Krieges bestanden, wieder hergestellt würden.

Diese Bestrebungen des französischen Imperialismus, die Bildung einer solchen Donaublockade sollen natürlich auch dazu dienen, auf die deutsche Bourgeoisie einen noch stärkeren Druck auszuüben, und dieser die letzte Möglichkeit zu nehmen, die Gegensätze zwischen den einstigen Siegerstaaten auszunutzen. Es soll so nicht nur auf der Genfer Brückungskonferenz und nicht nur auf der bevorstehenden Lausanne Konferenz in der Reparationsfrage eine Einheitsfront der einstigen Siegerstaaten geschaffen, sondern auch eine solche Situation herbeigeführt werden, in der der französische Imperialismus Deutschland keine Bedingungen für die erdültige Einziehung in die Antisowjetfront diktieren kann. Die deutsche Bourgeoisie, in erster Reihe die deutsche Sozialdemokratie, führt seit Jahren eine immer offener und entschiedener Politik der Kapitulation, der westlichen Orientierung, der „Verständigung“ mit Frankreich, d. h. der Kapitulation vor dem französischen Imperialismus, was gleichzeitig auch die Einziehung in die Antisowjetfront bedeutet.

Die Brüningregierung hat diesen Kurs noch bedeutend verschärft. Der Hitler-Faschismus stellt sich hierbei in keinen prinzipiellen Widerspruch zu den Sozialfaschisten und übrigen bürgerlichen Parteien. Bekanntlich haben ja die Nationalsozialisten im Reichstag gegen die Abschaffung des Youngplans, gegen die Einstellung der Young-Zahlungen und privaten Schulden gestimmt und Hitler erklärte, daß er gar nicht daran denke, den Versailles Friedensvertrag zu zerreißen. Bei all diesen Machenschaften der Nazis handelt es sich um nichts anderes, als um ein Feilschen um den Preis für diese antisowjetischen Landsknechtsdienste.

Die Londoner Konferenz ist also mit dazu bestimmt, Deutschland zur endgültigen Kapitulation vor dem französischen Imperialismus zu zwingen.

Die niederträchtige Hehe der Sozialdemokratie gegen die Sowjetunion, die unerschämten, zynischen Lügen, daß der Kampf der Kommunisten und revolutionären Arbeiter zum Schutze der Sowjetunion, gegen einen neuen Interventionskrieg gegenstandslos sei, da es sich nur um ein „Märchen“ über eine akute Kriegs- und Interventionsgefahr handle — wobei der „Vorwärts“ sogar mit den russischen Menschewiki, mit den französischen und tschechischen Sozialdemokraten in einen scheinharen Widerspruch gerät, da letztere diese Kriegsgefahr auf dem Papier anerkennen — dies alles deutet darauf hin, daß die Londoner Konferenz eine große Gefahr für die Sache des Friedens für alle Werktätigen, für das deutsche und internationale Proletariat darstellt.

Durch den verschärften Kampf gegen die Brüningregierung und gegen die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, die Sozialdemokratie, und durch den härtesten Kampf gegen den Nationalsozialismus, durch eine noch schärfere Entfaltung des Kampfes für die soziale und nationale Befreiung Deutschlands, durch eine aktive, konkrete Bekämpfung des Krieges in Verbindung mit den Tagesforderungen der Werktätigen werden die Kommunisten in Deutschland und in den anderen Ländern einen bedeutenden Schritt zur wirksamen Bekämpfung der drohenden Interventionsgefahr tun.

Auf dieser revolutionären Kampflinie führen wir den Antikriegstag am 6. April unter stärkster Mobilisierung der Betriebe und Stempelstellen durch!

Jeder junge und erwachsene Arbeiter der Betriebe, Stempelstellen und Berufsschulen trägt die
Kampflafette
des kommunistischen Jugendverbandes gegen imperialistischen Krieg.
Preis 20 Pfg.

TELEGRAMM

416 leningrad 199 24,24 3 1720

karl becker breslau lessingstr. 13

schlesische arbeiterschachspieler senden aus dem Lande des sozialismus dem roten breslau revolutionäre Grüsse wir rufen die schlesische arbeiterschaft auf den roten arbeiterskandidaten thälmann zu wählen

Genossen Betriebsarbeiter!

Warum hat eure Belegschaft noch nicht zur Kampfkandidatur der Kommunistischen Partei, für den roten Arbeiterkandidaten Genossen Ernst Thälmann Stellung genommen?
Kein Betrieb, der sich nicht gegen die Kandidaten des Krieges, der Notverordnungsdictatur, des Lohnabbaues und des Faschismus, für Ernst Thälmann, den Kandidaten des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, um Arbeit, Brot und Freiheit ausgesprochen hat!
Die Reichspräsidentenwahl muß für die Arbeiterklasse eine außerparlamentarische Massenaktion sein. Und deshalb ist in den Betrieben der Kampf unter Führung der RGO, gegen den bevorstehenden neuen Lohnraub zu organisieren.
Der Streik ist die schärfste Waffe um Lohn und Brot!

Faschisten schießen — Arbeiter wandern in das Gefängnis

17 revolutionäre Arbeiter zu 113 Wochen, Stadtverordneter Jung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt — Entfacht Massenprotest gegen Klassenjustiz und Faschistenterror!

Glatz. Am 30. März fand ein künstlich konstruierter Landfriedensbruchprozess gegen elf Glatzer Proletarier statt. Es sind dies die Arbeiter: Brig, Böller, Jung, Nitsche, Birtner, Genstor, Schwarzer, Wente, Thomas, Kühn und Müller. Die Arbeiter Brig, Genstor, Nitsche wurden beschuldigt, Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen oder Sachen zerstört zu haben. Außerdem wurden sämtliche Angeklagten der Teilnahme an einem verbotenen Umzug beschuldigt. Jung soll ferner durch eine weitere selbständige Handlung, den 26-jährigen (!!) Polizei-Kommissar Babionksky beleidigt haben.

Der Sachverhalt ist folgender: Am 19. Februar 1932 fand eine Mitgliederversammlung der „Roten Hilfe“ im Berggarten statt. Nach der Versammlung begaben sich fast sämtliche Angeklagte auf den Heimweg. Unterwegs hatte der Arbeiter Brig eine Auseinandersetzung mit Nazi-Prozess vor dem Hotel „Drei Karpfen“. Bei dieser Gelegenheit wurde eine kleine Fensterscheibe eingeschlagen. Brig begab sich nach diesem Vorfall nach dem Ring. Inzwischen waren zwei weitere Genossen nach dem Ziegelgraben gegangen. Ihr nächster Weg vom Berggarten aus, führte sie bei der Spelunke (S.M. Heim) vorbei.

Blühlich schossen mehrere Naziverbrecher, die sich in dieser Häuserhöhle befanden, zum Wibel heraus. Eine Kugel lag am Kopf des Genossen Schwarzer vorbei, während die andere dem Genossen Wente durch das Zollett ging.

Schwarzer den Genossen Jung, welcher sich auf dem Heimweg befand, benachrichtigte. Genosse Schwarzer traf Jung an der Rohbrücke, selbiger kehrte sofort um, und begab sich zur Polizei. Als Genosse Jung eine halbe Stunde vor dem Rathaus gewartet hatte, erklärte man ihm: „Die Polizei sei bereits unterwegs.“ Jung schickte dann je zwei Genossen in verschiedene Richtungen, die Polizeistreife zu suchen, um sie nach dem S.M. Heim zu schicken. Zu seinem persönlichen Schutz nahm sich Genosse Jung drei weitere Genossen mit nach dem S.M. Heim. Unterwegs schlossen sich mehrere Neugierige in weiterer Entfernung ohne Aufforderung an. Kurz vor dem Heim traf Jung zwei Polizisten, um welche eine größere Menschenmenge stand. In der Zwischenzeit löste sich ein Trupp von den Umstehenden los und lief nach dem Heim. Genosse Jung begab sich darauf ebenfalls nach dem Heim. Dort angekommen, forderte er den Kommissar auf, sofort das Heim zu durchsuchen, weiter bestand er als Stadtverordneter darauf — es handelt sich hier um kommunalpolitische Polizei — bei der Durchsuchung als Zeuge zugegen zu sein. Da der 26-jährige Polizei-Kommissar dies ablehnte, entstand eine Meinungsverschiedenheit.

Der Kommissar begab sich angeblich in das Heim, kehrte aber nach fünf Minuten wieder zurück und wollte den Arbeitern Karmachen, daß er eine gründliche Hausdurchsuchung vorgenommen habe.

Darauf kritisierte Genosse Jung die Polizeiaktion, indem er dem Polizei-Kommissar erklärte, daß er toplos geworden und in keiner

Weise befangen sei. Weiter erklärte Genosse Jung, er werde dafür sorgen, daß der Kommissar wie dessen Vorgänger sein Kofferle paden könne. Unterdessen irrten in weiterer Entfernung die Fenster-scheiben. Jung versuchte gemeinsam mit der Polizei den Täter festzustellen, was aber nicht gelang. Man begab sich nach dem Ring, wo Genosse Jung und Böller vor der Haustür ohne jeden Grund verhaftet und erst mehrere Stunden später aus der Polizeihaft entlassen wurde. In dem Prozeß hatte man die übelsten Nazifiguren als schwere Belastungszeugen gegen die angeklagten Arbeiter herangezogen. Unter den Hauptbelastungszeugen befand sich auch der Nazieinbrecher Swoboda. Swoboda ist ein Achtgroßhensjunge und Polizeispigel. Genosse Jung beantragte einen Totaltermin, welcher abgelehnt wurde.

Aus der Verhandlung sei besonders der Vorsitzende Landgerichtsrat Lehmann erwähnt, der ein offener Arbeiter- und Kommunistenfeind ist. Obwohl noch keiner der 45 Zeugen vernommen war, erklärte Lehmann gleich nach Beginn der Verhandlung: „Jung ist sowieso schuldig.“

Oberstaatsanwalt Reimer forderte hohe Gefängnisstrafen wegen schweren Landfriedensbruch und verbotenen Umzuges. Er erklärte z. B. bei dem Genossen Thomas: „Weil Thomas Herausgeber der Ortszeitung „Noten Festung“ und Kommunist sei, müsse er bestraft werden.“ Genosse Jung rechnete in seiner Verteidigungsrede scharf mit dem Klassenstaat des Kapitals ab. Er rügte zunächst die Voreingenommenheit des Vorsitzenden, da er sich als Kommunisten- und Arbeiterfeind entpuppt habe. Genosse Stadtverordneter Jung kam dann auf den angeblichen „Landfriedensbruch“ zu sprechen und wies nach, daß das alles andere sei, als eine strafbare Handlung. Er griff die Polizei und die Nazizeugen auf das schärfste an und widerlegte die vom Oberstaatsanwalt angezogenen Landfriedensbruch-Paragrafen.

Er führte weiter in seiner Verteidigung aus, daß es die Pflicht des revolutionären Proletariats ist, gegen den faschistischen Mordterror der Nazi anzukämpfen. Er erinnerte das Gericht an den großen Naziprozess Graf Hellborn, Berlin, und sagte weiter, daß der SS-Naziführer Graf Hellborn nur freigesprochen wurde, weil er Nazi und Graf war. Nur Arbeiter, nur Kommunisten stellt man auf die Anklagebank, um sie zu verurteilen, niemals aber Nazi. Weiter beauftragte er die deutsche Rechtsprechung und erinnerte an die Worte, die der Glatzer Landgerichtsrat Geister geprägt hat:

„Kommunisten müssen immer bestraft werden, ob sie schuldig sind oder nicht.“

Was die angebliche Beleidigung betrifft, erklärte Jung, so habe er nur Kritik geübt und forderte auf Grund des § 193 St.G.B. die Freisprechung, ebenfalls für den Landfriedensbruch, da er sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht habe. — Das Gericht verurteilte den Genossen Stadtverordneten Jung als „Mädelsführer“ wegen „schweren Landfriedensbruch“ zu sechs Monaten eine Woche Gefängnis. Die Arbeiter Böller, Nitsche, Genstor, Kühn, Thomas, Wente und Müller erhielten je drei Monate Gefängnis. Die Arbeiter Schwarzer und Birtner wurden freigesprochen, während Brig 50 Mark Geldstrafe erhielt. Birtner war am fraglichen Tage verreist. Alle Angeklagten haben gegen das Klassenurteil Berufung eingelegt.

Das gefällte Klassenurteil gegen die revolutionären Arbeiter aus Glatz hat erneut bewiesen, daß die Justiz als Instrument der herrschenden Klasse nur die Faschisten noch verteidigen und revolutionäre Arbeiter verurteilen wird. Aufgabe aller Arbeiter ist es, den Kampf gegen Faschistenterror und Klassenjustiz zu verstärken. Unterstützt die proletarisch-politischen Gefangenen, indem ihr mit der Roten Hilfe gegen die Klassenjustiz kämpft. Seht eure ganze Kraft für den Kandidaten der Armen, für Ernst Thälmann ein!

Die Pumptwirtschaft im Konsumverein

Neuhain. Vor längerer Zeit wurde über das Verhalten des Lagerhalters vom Konsum in der „Arbeiter-Zeitung“ berichtet. Dem Genossen Runze wurde nun vor kurzem vorgehalten, daß der Artikel Schwindel sei. Als Kolporteur ging der Genosse Runze nun zu dem Arbeiter in Neuhain und holte Erläuterungen

ein. Er stellte die Tatsache fest, daß der Arbeiter B. Schulden hat, die nicht durch kein Verschulden gemacht wurden. Daran sind die SPD-Gewerkschaftsbezogen mit Schuld. Sie haben jeden Lohnraub kampflös hingeworfen. Tatsache ist aber auch, daß B. versucht, die Schulden zu begleichen. Tatsache ist ferner, daß er das Brot nicht bekommen hat. Der Arbeiter hat erkannt, daß die Pumptwirtschaft aufgehoben werden muß, aber, sagt der Arbeiter, wenn man die Pumptwirtschaft aufheben will, darf man nicht Lohnraub treiben, sondern Lohnaufbau. Der Arbeiter hat jetzt erkannt, daß das heutige kapitalistische System und seine Helfershelfer befeitigt werden müssen. Das kann nicht Hindenburg, der Ketter der SPD, oder die „Bergwacht“. Dieser Arbeiter hat, wie so viele Proleten, richtig gehandelt, indem er die „Bergwacht“ rauswarf und die „Arbeiter-Zeitung“ bestellte. Wir werden noch weiter in der SPD-Hochburg vorstoßen.

SPD.-Arbeiter, haltet die Augen offen

Häselicht. Seit der letzten Wahl kann uns Mitglieder der so oft losgelagerten SPD. ein Teil der Arbeitsbrüder von der „Eisernen Front“ nicht mehr eines Grusses würdigen. Nun, Arbeitsbrüder, warum? Weil wir nicht General von Hindenburg gewählt haben? Nun, ihr SPD.-Arbeiter, habt ihr nicht vor kurzem selbst erlebt, wo man 3 von euren jüngsten Arbeitsbrüdern in Schwaidnitz zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt hat? Und das nur, weil sie ein heimfahrendes Faschistenauto mit einer Handvoll Dred beschmissen haben sollen. Wie aber verurteilt man heute Faschisten? Was sagt eure „Eiserne Front“ dazu? Hat sie schon dieses Terrorurteil demonstriert? Nein! Aber gegen die SPD. macht man eine wüste Heze. Diese geschah in der letzten SPD.-Versammlung besonders durch euren „wertigen Genossen Nischwitz“ aus Chemnitz, der ehemaliger SPD.-Funktionär war. Gegen die Faschisten fand er kein Wort, aber die einzige Arbeiterpartei, die SPD., bewarf er mit dem schlimmsten Dred. So leistet dieses korrupte Element dem Kapitalismus treue Dienste.

Nun, SPD.-Genossen! Wenn wir auch nicht in unserem Ort vorwärts gekommen sind, aber verloren haben wir auch nicht, trotz eurer Sabotage gegen unsere Versammlungen. Wir werden aber alles tun, um im zweiten Wahlgang und zu den Preußenwahlen weiter vorzuschreiten. Auch ihr werdet noch zur Einsicht kommen und mit uns die rote Einheitsfront bilden. Vor nicht langer Zeit bezeichnete unser Gemeindegewerkschaft die Kommunisten als „Lumpen-Proletarier“. Herr Kellner, früherer Steinarbeiter, in geschickter Position mit volleggereitem Wams, rechnet sich als Mensch 1. Klasse.

SPD.-Arbeiter! Hat sich Herr Nischwitz auch ins „Eiserne Buch“ eingetragen? Dann mühte er der Wahrheit die Ehre geben und folgenden Satz beifügen:

„Mit unserer Macht ist nichts getan, wir sind ja bald verloren; verrecken uns hinter Hindenburg und fählen uns neu geben.“

Das allen SPD.-Führern ins Stammbuch. Die SPD.-Arbeiter lehren diesen Kapitalsknechten den Rücken und bilden mit den kommunistischen Arbeitern die rote Einheitsfront!

Ein „christlicher“ Hauswirt

Schweidnitz. Ein Bild „echter, selbstloser Nächstenliebe“ kann vom Hohenhändler Kalle, Reichswbacher Straße, geliefert werden. In seinem Grundstück Brunauer Straße 2 wohnte eine arme Familie, eine Witwe mit fünf unermündlichen Kindern. Wegen Mietrückstand in geringer Höhe wurden Gericht, Polizei und „Helfer“ in Bewegung gesetzt. Am 29. Februar um 17 Uhr kam die Polizei und teilte dem ältesten Sohne (20 Jahre) die Exmittierung für den nächsten Morgen um 8 Uhr mit. Obwohl die Mutter der Kinder, eine kranke Witwe, und ein zehnjähriges Mädchen im Krankenhaus liegen, hielt „man sich streng an das gerechte Gesetz“. Der amtliche Vormund der Kinder, das bekannte Fr. v. Groothe, hat verächtlich wenig Interesse an der Sache. Ausgerechnet am 29. Februar fuhr sie nach Oberschlesien. Wenn unter solchen Umständen Verzweiflungskräfte vorfinden, zerfällt sich die bürgerliche Presse ihr Lügenmaul „wegen Verwahrlosung der Jugend“. Der neue „Herr Wirt“, anscheinend ein Nazi, benimmt sich der Familie gegenüber noch frecher als der vorige Wirt. Darüber noch einigiges Interessantes in nächster Zeit!

Arbeiter! Solche Dinge kommen täglich in der „freien Republik“ vor. Wenn ihr zur Wahl geht, denkt daran: Nur ein Arbeiter kann die Not der Werktätigen verstehen. Zeigt durch eure Stimme für Thälmann, daß ihr bereit seid, mitzukämpfen zur Beseitigung dieser Zustände.

Nicht der Stimmzettel allein wird den Arbeitern und Bauern die Macht in die Hände geben. Außerparlamentarischer Kampf unter Führung der SPD. gegen die Faschisten und die sozialdemokratische Führerclique wird die Macht aller Werktätigen sichern. Wählt Thälmann, den Kandidaten der Arbeiterkraft!

In jede Hand- in Stadt und Land
Der rote Kampftrief
die Wahlzeitung der KPD

Die richtige Einteilung



Ist der Grundgedanke dieser Zigarette.
Bulgaria Rekord ist eine praktische Teilung der Ausgaben und des Genusses.
Zweimal gewissermaßen eine halbe Fünf-Pfennig-Zigarette, zweimal die wundervollen ersten Züge.
Kein unnützes Fortwerfen eines großen Teiles der Zigarette, wie bei denen ohne oder mit Goldmundstück.
Diese Sparsamkeit ermöglicht nur der neue Typ mit Hohlmundstück.
Bulgaria Rekord 2 1/2 Pfg.
Der neue Typ mit Hohlmundstück
Grosformal

Heraus zur Demonstration und Kundgebung!

Werkfällige des Waldenburger Hungerlandes, demonstriert

gegen die Kriegstreiber und NotverordnungsPolitik der Brüning-Braun-Severing, für die Verteidigung der Sowjetunion und Sowjetchinas, für den Kampf um Arbeit, Freiheit und Brot

am **Mittwoch, dem 6. April, in Waldenburg, nachm. 17 Uhr**

Verlässige Sammelpunkte und Abmarschzeiten:

Waltersberg: 15.30 Uhr am Königsbaum. — Feilhammer: 15.45 Uhr am Steinbruch. — Hermisdorf: 16 Uhr am Waisenhaus. — Weißstein: 16 Uhr an der Gemeindemühle. — Nieder-Salzbrunn: 15.30 Uhr am Viehtrug. — Sandberg: 16 Uhr am Hotel Sandberg. — Altwasser: 16.15 Uhr am Kreuz. — Dittersbach: 16 Uhr Amtshausstraße.

Haupt sammelpunkt um 17 Uhr an der Barbarastrasse.

Anschließend Kundgebung im „Eckstein“ in Waldenburg. — Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Abel-Berlin.

WW. Waldenburg der SPD. — WW. Waldenburg des KPD. — Ortskomitee Waldenburg der SPD. — Bezirksleitung Waldenburg des KPD. — Bezirksleitung Waldenburg des Kampfbundes gegen Faschismus.

Erfolgreiche Protestaktion der Belegschaft Cademann

Textilarbeiter im betrieblichen Kampf — Trefft in jedem Betrieb Kampfmaßnahmen gegen neuen Lohnraub!

Friedland. Zu einer harten Protestbewegung der Textilarbeiter der Firma Cademann in Friedland führte das brutale Verhalten des Betriebsleiters Scholz. Dieser trat in offenem Bruch gegenüber der Belegschaft ein, besonders brüchiges Verhalten an den Tag. Insbesondere glaubte er persönliche Vorteile gegenüber den Arbeiterinnen anbringen zu können, um seine Gehälter zu befristigen. Zu diesen Vorgängen nahm die Belegschaft der letzten erntebare Stellung. Es wurde eine Unterschriftenkampagne durchgeführt mit dem Ziel:

Beurlaubung des Meisters Scholz aus dem Betriebe.

gegen diese Aktion ging der Unternehmer vor, indem er die Arbeiter aus dem Betrieb zu entlassen drohte. Die Drohungen des Unternehmers hatten dazu, daß die Belegschaft noch energischer auf sofortige Erfüllung ihrer Forderungen beharrte, so daß sich der Unternehmer gezwungen sah, nachzugeben und der Belegschaft zu erklären, Scholz würde eine Rüge erhalten. Gleichzeitig mußte dieser gegenüber der Belegschaft eine schriftliche Erklärung abgeben, daß er in Zukunft kein Verhalten ändern werde.

An dieser Bewegung beteiligten sich 25 Prozent der Belegschaft

und fand diese Bewegung unter Führung der KPD und SPD. Diese Bewegung zeigt, daß, wenn die Arbeiter geschlossen gegen die Willkür der Unternehmer und die Provokationen der Kapitalisten auftreten, sich die Unternehmer gezwungen sehen, in ihrem Vorgehen gegen die Arbeiter zurückzumeichen.

Jetzt heißt es dem Meister Scholz noch mehr auf die Finger zu klopfen, um bei der nächsten Gelegenheit auch die Entlassung dieses Meisters zu erreichen. In Verbindung mit dem Kampf gegen dergleichen unerbittliche Zustände müssen die Arbeiter überall — das ist eine Lehre für alle Textil-, Metall-, Bergarbeiter usw. — die Frage ihres Lohnes stellen. Schon geht man dazu über, den Lohn der Gemeindefunktionäre abzuhaken. Am 20. April werden auch die anderen Arbeitergruppen folgen. Hier heißt es heute schon bei jeder noch so kleinen betrieblichen Aktion die Frage des Kampfes gegen den Lohnraub in den Mittelpunkt stellen.

Schickt auch in jedem Betrieb und Abteilung revolutionäre Vertrauensleute und ein Kampfprogramm. Bekundet euren Willen zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub, indem ihr am 10. April eure Stimme für den Klassenkandidaten Ernst Thälmann abgibt!

machen, sondern auch über Mißstände in der SPD, in SPD-Vertrieben zu berichten, tarifliche Vorteile zu verschleiern, für die Arbeitslosen und das Gewerbe etwas zu tun, Solidarität zu üben, und vor allem auf die Geschäftsvertreter einzuwirken, daß die kommenden Tarifverhandlungen auch positive Ergebnisse erzielen, aber nicht nur auf dem Papier, sondern auch praktisch. Die Mitglieder sind nicht dazu da, von jedem vorgelegten Mist der „Korrespondent“-Redaktion zu schlucken, sondern der „Korrespondent“ hat den Mitgliedern keine Spalten zur Verfügung zu stellen, ohne Unterschied der Gesinnung, deren Beiträge auch nicht „Blöch“ sind. Aber er betreibt lieber Spaltung und Wahlpropaganda für die „Aechterne Front“, den Wegbereiter und Beschützer des Faschismus.

Einzig und allein in Rußland marschiert der Sozialismus.

Zum Antikriegstag am 6. April

Die „Junge Garde“ als Sondernummer

Verkaufspreis 5 Pf. Kein Jungarbeiter ohne die „Junge Garde“. — Zu haben bei allen Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes.

Die Ortsgruppen, welche noch keine Postellungen aufgegeben haben, holen das sofort nach. Bestellungen an die Adresse: Helmut Kiebohle, Breslau, Leffingstraße 13. Die Auslieferung geschieht bereits Sonnabend, den 2. April.

Kampftag gegen imperialistischen Krieg in Landeshut

Am Mittwoch, 6. April, nachmittags 5 Uhr, tritt das gesamte revolutionäre Proletariat zur Antikriegsdemonstration bei der Sonne an. Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Lutzen. Thema: Der imperialistische Krieg und unser Kampf Klasse gegen Klasse. Referentin Gen. Scheyer, Hamburg, Mitglied des ZK

Volkshund für Mutterchutz, Bezirk Liegnitz

Freiburg, Versammlung Dienstag, den 5. April, 7 1/2 Uhr abends, im Fürst Blücher, Polenz. Einführungsbeitrag Bundesfreund Paulichner, Liegnitz. Anschließend Lichtbildvortrag über die Wege zur Schwangerschaftsverhütung. Gäste willkommen. Wir bitten die Bundesfreunde, zahlreich zu erscheinen, da es gilt, noch manches richtig zu stellen, was man durchaus als politische Hege hinstellen möchte, um sich rein zu waschen.

Ein freigewerkschaftlicher Buchdrucker schreibt uns:

Wie der Buchdrucker-„Korrespondent“ gegen die Sowjetunion heßt

Von einem freigewerkschaftlich organisierten Buchdrucker wird uns nachfolgender Artikel mit dem Ersuchen um Veröffentlichung übermittelt:

„Sozialismus und Kommunismus.“ Unter dieser Überschrift erscheint wieder einmal der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker vom 30. März 1932, das Heftblatt der freien Gewerkschaften, einem seiner herrschenden Schmutzblätter über Sowjetrußland aus, indem er glaubt, für die kommenden Wahlen den anderen Parteien (sowohl auch den Nazis in Kommunistenhege nicht nachzinken zu dürfen. Er behauptet:

„Sozialismus von Mensch zu Mensch ist kein Sozialismus. Was in Sowjetrußland geschieht, ist eine technische Methode, der Menschheit Leben und Glück zu verschaffen. Es gibt in Rußland keine Arbeitslosenunterstützung, keine Altersversicherung. In Deutschland hätte der Arbeiter einen Rechtsanspruch gegen den Staat, dort wäre er reich. In Deutschland wäre die soziale Verantwortlichkeit, um und seine Familie zu unterhalten, anerkannt, in Rußland wäre er ein Rechtloser, Ausgestoßener. In Deutschland legen sich soziale Garantien durch, in Rußland sind Methoden des Sozialdarwinismus, wie im Tierreich unter den Affen, sondern Hände heft. Die Arbeiter sollen wertlos ausgebeutet sein, wenn sie nicht mehr arbeiten können. In Deutschland gibt es Invaliden- und Altersrenten, in Rußland soll er entweder scheitern bis zum Tode oder Verhungern. In Deutschland gibt es Rücksicht auf das menschliche Leben, in Rußland ein Bruchstück des Lebens. In Deutschland wären die Lebensbedingungen des einzelnen als nicht vorant, in Rußland wird die Arbeiterklasse als Werkzeuge für Zwecke, die außerhalb ihrer selbst liegen, behandelt. Nichts ist, als wäre sie die Bevölkerung eines Koloniallandes, das einem fremden Eroberer dienstbar gemacht wird. Darüber hinaus ist angebracht die kommunistische Propaganda. Es sollen Tatsachen sein, und man soll uns versichern mit der Andeutung des Zerfalls des Sozialismus, der das Sowjet-Paradies unter Stalin bestehen soll.“

Man kann dazu ruhig sagen, daß der Schreiber des Artikels von chronischer Idiotie befallen und eine wirbige Lesche der Zweiten Internationale ist. Ich will nun das Lügengewebe zerlegen und die hier angeführten Zustände in Rußland so schildern, wie sie schon Tausende Arbeiter aller Nationen mit eigenen Augen gesehen und sich davon überzeugt haben.

Wir Arbeiter und Menschenglück gehen in Deutschland durch die brutale Ausbeutung zugrunde. Man behauptet oft, Rußland wäre ein Paradies, und hier spricht man von einer technischen Wohlfahrt — als Heilmittel. Zweitens, Rußland braucht keine Arbeitslosenunterstützung, weil es dort keine Arbeitslosen gibt, während bei uns sieben Millionen sind. Wer in Rußland wegen hohen Alters arbeitsunfähig wird, wird bis an sein Lebensende ausreichend vom Staate versorgt. In Deutschland hingegen, wie bei uns, keinen Leierkasten zu laufen. Wer in Deutschland arbeitslos wird, ist verloren (siehe Selbstmordstatistik). In Deutschland hat wohl der Arbeitslose (nicht der Jugendliche) Rechtsanspruch, aber davon kann er nicht leben und nicht sterben. In Rußland regiert das Proletariat, nicht die Parasiten und der Gemeindefunktionäre wie bei uns. Die sozialen Garantien sehen sich bei uns nur auf dem Papier durch (siehe Beschreibsel vom „Korrespondent“ über Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsbeschaffung usw.). In Rußland legen sie sich praktisch durch. In Deutschland ist der Arbeiter kein Mensch, er ist billige Ware, die beliebig ausgebeutet wird. Die Millionen Invaliden- und Altersrenten wurden mit Hilfe der SPD an einen lächerlichen Betrag herabgedrückt, in Rußland ist der Ar-

beiter hier nicht glücklich. Das Verhungern überläßt die SPD und die KPD-Wonka dem deutschen Arbeiter, nicht nur, wenn er arbeitslos wird, sondern noch während er arbeitet, da sie zu dem Lohnraub „Ja“ sagen und jeden Streik abwürgen.

Das Schicksal ist in Deutschland in voller Wüte. In Rußland lebt der Arbeiter als Mensch, als wirtschaftendes Glied des Ganzen, er hat nur in Leben ein, wenn es jemand wagen sollte, ihn in seinem menschlichen Ansehen zu verletzen. In Deutschland dagegen herrscht Untertreibung, ungenügende Sicherheitsmaßnahmen (siehe Bergwerksunfälle, Einkürze, Entlohnungen usw.). Der deutsche Arbeiter darf keine Lebensansprüche stellen, denn er ist ein Arbeitsklane in dieser treuen Herrschaft, in der ein Polizeihund eine größere Rolle spielt. In Rußland ist für jeden Arbeiter dessen bewußt, daß nur die Arbeiterklasse der Grundpfeiler des Staates ist, und er arbeitet mit Stoff und Eisen an dem Aufbau des Sozialismus. Auch das berichtet nicht die „Kommunistische“ Propaganda, sonst würden die SPD-Parasiten bald allein auf weiter Flur stehen. Rußland ist kein Paradies, sondern eine soziale Volkerepublik, die unter Stalins Führung im Geiste Marx' und Lenins den sozialistischen Aufbau vollzieht.

Deutschland dagegen ist ein demokratisch-faschistisches Gebilde, wo wirtschaftlicher Niedergang, Reaktion, Notverordnungen, Zuchtthaus, Barbarei und Hunger herrschen.

Dem „Korrespondent“ raten wir, weniger Kommunistenhege zu

Protestaktion im Gemeindeparlament

Wohlfahrtserwerbslose verhindern Abbau der Fürsorgeunterstützungsätze

(Erwerbslosen-Korrespondenz)

Hausdorf, Kreis Waldenburg. Die am Freitag, dem 1. April, im GutsMuths von Ditzfelde stattgefundene Gemeindevorstellung befaßte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Punkt:

Neuregelung der Fürsorgeunterstützungsätze.

Punkt 2: Verlängerung des Kredites bei der Kreispartalle. Punkt 3: Anträge und Verschiedenes.

Der erste Punkt deutete darauf hin, die Gemeindegewerkschaften, welche 30 Prozent beitragen, ganz erheblich zu kürzen. Es hatten sich aus diesem Grunde eine ganze Anzahl Wohlfahrtserwerbslose als Zuhörer eingefunden. Unter stollige Gemeindevorsteher nahm ganz energig zu diesem Punkte Stellung und betonte, daß noch Geld genug vorhanden sei. Im Freigebiet sind für 715 Polizeihunde 160 000 Mark eingesetzt worden, daß sind also für einen Polizeihund monatlich 52 Mark monatlich, wofür ein Wohlfahrtserwerbslose nur 50 Mark an Unterhaltung pro Monat erhält. Unter dem Druck der erschienenen Wohlfahrtserwerbslosen sah sich der Gemeindevorsteher gezwungen, von einer Verschlechterung der Fürsorgeätze Abstand zu nehmen. Unter anderem gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß der Kreis Waldenburg den Kreisanteil an die Gemeinde Hausdorf für die Monate Februar und März in Höhe von 1500 Mark noch schuldet. Die Gemeindevorstellung beschloß, ein Protestschreiben an den Kreis Waldenburg zu richten, das verlangt, daß das rückständige Geld sofort der Gemeinde überwiekt wird, da sonst in Zukunft kein Geld zum Auszahlen vorhanden sei.

Zu Punkt 2, Verlängerung des Kredites bei der Kreispartalle in Höhe von 2600 Mark wurde wieder zugestimmt. Zu bemerken ist noch, daß die Kreispartalle den unverdächtig hohen Zinssatz von 10 Prozent von der Gemeinde verlangt; dies wurde als eine große Ungerechtigkeit empfunden.

Weiter müssen wir noch feststellen, daß der SPD-Gemeindevorsteher Paul Scholz absolut kein Interesse an der Not der Erwerbslosen hat, da er sich mit keinem Wort für die angeforderten Verschlechterung der Fürsorgeunterstützungsätze eintrat, desto mehr aber sich er dann keine Klappe auf, als er sah, daß der erste Punkt vorüber war, da erzählte er allerhand Unsinn, welcher gar nicht in die Sitzung gehörte.

Genau so, wie es die „großen Genossen“ tun, nämlich große Phrasen schwingen, um die Erwerbslosen zu unterhalten, um dann Handlanger dieses kapitalistischen Systems zu sein, genau so vollzieht sich dieses bei den „kleineren Genossen“.

Genossen, heraus zur Abwehr. Gebt ihnen, diesen angeblichen „Volksvertretern“, am 10. April die Mandatsanfrage.

Eure Stimme dem Kandidaten der Armen, dem Arbeiter Ernst Thälmann!

Teilt alle Überzeugungen für den Reichserwerbslosenitag am 10. April.

In jedem Betrieb
In jeder Stempelstelle
**EIN ROTES
Wahlhelferkomitee!**

Rund um den Erdball

Die „Hindenburg-Linie“

Pierre spricht — Tumult in einer französischen sozialdemokratischen Versammlung

Ein großes Plakat in Lille kündigt eine Wahlversammlung an. Es ist die erste Wahlversammlung für die französischen Kammerwahlen, die am 1. Mai stattfinden sollen. Es wird angekündigt, daß der sozialdemokratische Kandidat auftreten und über den Sinn des diesjährigen Wahlkampfes sprechen wird.

Am Abend ist der Saal überfüllt. Arbeiter und viele Arbeitslose. Die Zeit der Konjunktur ist auch in dieser nordfranzösischen Industriestadt vorüber und auch hier wächst die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag. Der sozialdemokratische Kandidat spricht. Ja, eine Stimme für die Sozialdemokratie bedeutet eine Stimme für den Frieden. Die Sozialdemokratie unterscheidet sich von den bürgerlichen Parteien durch ihre internationalen Beziehungen. Während hier in Lille die sozialdemokratische Versammlung stattfindet, finden auch in Deutschland — so erklärte er — unzählige sozialdemokratische Versammlungen statt. Haben wie drüben herrsche der gleiche Gedanke vor. Der Frieden. Die französische und die deutsche Sozialdemokratie — beide haben sie nur den Frieden zum Ziel.

Die Wahlrede ist zu Ende. Ein Mann, auf zwei Krücken gehend, betritt die Tribüne. Die meisten scheinen ihn zu kennen. Viele winken und rufen ihm zu: „Pierre, Pierre!“ Pierre spricht als erster Diskussionsredner. Er erklärt einleitend: Seit 22 Jahren ist er in der sozialdemokratischen Partei organisiert, von frühester Jugend loslag. Seine Tätigkeit für die sozialdemokratische Partei habe nur einmal eine Unterbrechung erfahren. Das war während des Krieges, als er an der Front gestanden hat. Dort an der Front ist er zweimal verwundet worden, und heute könne er nur mit Krücken sich fortbewegen. Er also wisse am besten, was der Friede bedeutet. Aber? Aber er wollte eigentlich etwas anderes fragen:

Wie den meisten bekannt sei, stamme er aus Orleans. Orleans und Umgebung befänden sich in der sogenannten Hindenburg-Linie.

Rufe werden laut: „Hindenburg-Linie“, was hat das zu bedeuten?“

Pierre erklärt hier in Lille mag man es vergessen haben. In Orleans, in Soissons und in der Umgebung liege dieses Wort noch in aller Erinnerung. Aber er will auch der Versammlung hier in Erinnerung bringen, was „Hindenburg-Linie“ bedeutet. Eines

Tages, es war im Jahre 1917, lebte in diesem Gebiet ein Trommelfeuer ein, wie man es während des ganzen Krieges überhaupt nicht gekannt hatte. Im ersten Moment schien es, als beschließen die Deutschen ihre eigenen Linien. Tagelang lag die Bevölkerung in den Kellern, und keiner wagte sich aus dem Hause heraus. Als man nach ein paar Tagen herauskam, da erkannte niemand das Gebiet mehr. Die Deutschen waren verschwunden, sie hatten sich zurückgezogen. Aber hier war alles vernichtet. Das ganze Gebiet allch einer Wüste.“

Pierre greift in die Tasche, zieht eine Zeitung heraus und spricht weiter: „Hier diese Zeitung ist aus dem Jahre 1917. Sie bringt den offiziellen deutschen Kriegsbericht. Und hier heißt es: Wir haben unsere Truppen auf die Hindenburglinie zurückgenommen. Wir haben einen Gebietsstreifen freiwillig geräumt. Aber auf diesem geräumten Gebiet wird kein Gras mehr wachsen, hier ist kein Stein auf dem anderen geblieben.“

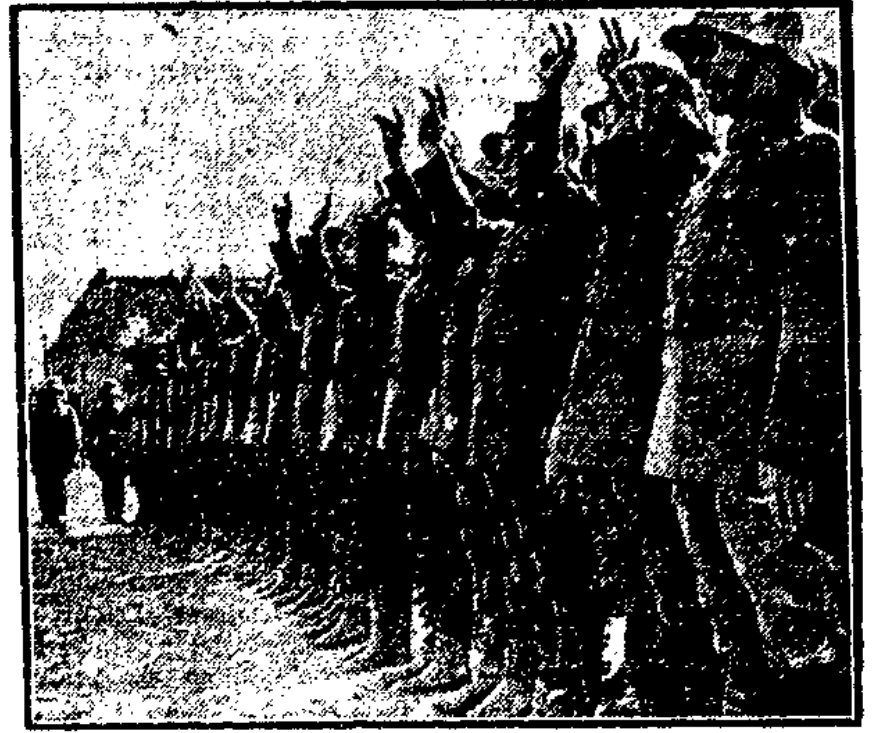
Der Vorsitzende versucht Pierre zu unterbrechen. Er komme mit Dingen, die nicht hierher gehören. Aber es entsteht ein ungeheurer Tumult. Alle fordern, Pierre soll weitersprechen. Und Pierre verschafft sich Gehör: Es gehört nicht hierher? Was soll das bedeuten, wenn die deutsche Sozialdemokratie Hindenburg als ihren Kandidaten proklamiert? Bedeutet das etwa Kampf für den Frieden, wie man uns hier einreden will? Ich frage alle — donnert es jetzt noch stärker in den Saal hinein — bedeutet das nicht Rückkehr zur „Hindenburglinie“?

„Dui, oui“ (ja, ja), ertönt es aus dem Saal.

Pierre spricht weiter: „Ein Schrei der Empörung geht durch die gesamte französische Arbeiterschaft. Und wenn unsere Führer glauben, das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie, ihren Kampf für Hindenburg decken zu können, dann werden sich die Massen von ihnen loslagern. Für uns alle ist die Hindenburglinie das schrecklichste Erlebnis, und wir wollen das ein zweites Mal nicht mitemachen. Was in Deutschland vorgeht, was die deutsche Sozialdemokratie macht, ist das Gegenteil von dem, was man uns hier einreden will.“

„Keine Stimme für die Hindenburglinie.“ Die Versammlung löste sich in Tumult auf.

Raul Held.



Vereidigung von Reichswehrrekruten

Ein Bild von der Eidesablegung der neuangestellten Rekruten der Reichswehr auf dem Kasernenhof der 4. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 9 in Potsdam.

Flatterschicksal hüben und drüben

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. April berichtet über eine „schreckliche“ Sache aus der Sowjetunion. Pfarrer, so erzählt sie, müssen in der Sowjetunion Holz fällen, um sich ihr Brot zu verdienen.

Wahrhaftig schrecklich ist das Schicksal dieser Pfarrer. Sie müssen arbeiten, um zu leben. Nein, es ist kein leichtes Leben unter den Bolschewiken.

Die „B. Z.“ am Mittag“ berichtet in ihrer Nummer vom 4. April aus London, daß dort ein Pfarrer unter der Anklage der Zuhälterei steht. Es handelt sich um einen Sensationsroman. Unter der Maste, „gefallenen Mädchen“ helfen zu wollen, hat ein Londoner Pfarrer jahrelang den Zuhälterberuf ausgeübt. Unzählige Mädchen hat er der Prostitution zugeführt und er war Mitbeteiligter an verheerenden Verbrechen.

Man glaube aber nicht, daß dieser Pfarrer deswegen verhaftet oder auch nur seines Amtes enthoben worden wäre. „Am geistigen Sonntag“ — so berichtet die „B. Z.“ weiter — „hat er, als ob nichts geschehen sei, in der Kirche zu seiner Gemeinde gepredigt. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt und auf der Straße stand ein Park von Wagen, die zum Teil von weither aus diesem Anlaß gekommen waren.“

Dieser Pfarrer braucht kein Holz zu fällen. Ihm geht es besser als seinem Kollegen in der Sowjetunion.

Geldraub in einer Postamtszweigstelle

Köln, 3. April. Am Sonnabend gegen 9 Uhr wurde in der Postamtszweigstelle Katterfeld in Köln-Kall ein verwegener Raubüberfall verübt. Kurz nach Schalterchluss fuhren zwei Männer mit einem Motorrad vor das Postamt vor. Der Beifahrer sprang vom Rad, schlug das straßenwärts gelegene und zum Schalterraum des Postamts führende Fenster ein und raubte eine am Fenster stehende Geldkiste mit 13.600 Mark. Sofort schwang sich der Kurier auf das etwa in 20 Meter vom Postamt mit angehebeltem Motor haltende Motorrad und fuhr mit seinem Komplizen in schneller Fahrt davon. Der Vorfall spielte sich in wenigen Sekunden ab, so daß der sich im Raum aufhaltende Schalterbeamte, der mit der Abrechnung beschäftigt war, die Geldkiste nicht mehr in Sicherheit bringen konnte. Als er zu dem eingeklagten Fenster eilte, fuhren die verwegenen Banditen bereits davon. Die Kurieren konnten bisher noch nicht gefaßt werden.

Neue Brillengläser

In der Glastechnik beginnen die sogenannten leichten Erden eine wachsende Bedeutung zu erlangen. Durch Zusatz dieser Stoffe zur Glasmasse kann man mannigfache Wirkungen erzielen. So hat man jetzt durch Zulage von leichten Erden des Typus Gläser hergestellt, die für Schutzbrillen gegen das gelbe grelle Natriumlicht ausgezeichnete Dienste leisten. Dieses Natriumlicht stellt vor allem in Glasbläsereien eine starke Betätigung der Arbeiter dar.

Millionen im Glend — aber die Zollbehörde verbrennt Konserven!

Die Firma Gräbener, Karlsruhe, hatte von einer italienischen Firma eine Sendung Konserven, Inhalt Tomaten-Purée, erhalten. Diese Sendung wurde zurückgewiesen, weil ein Teil durch einen unterwegs ausgebrochenen Brand beschädigt war. Es wurde ein Prozeß geführt, den die italienische Firma verlor. In der Zwischenzeit lagerte die Sendung bei der Zollbehörde in Karlsruhe. Am 31. März, abends zwischen 5 und 6 Uhr, fuhr ein Lastwagen mit Anhänger schwer beladen mit Konserven zur Schutzabladestelle. Dort wurden die Konserven, die in Kisten

verpackt waren, mit Benzin übergossen und verbrannt. Zwei Zollbeamte hielten dabei Wache. Arbeiter, die einige Dosen geöffnet hatten, stellten fest, daß der Inhalt der Sendung vollkommen genießbar war.

Lebensmittel werden verbrannt, während Millionen im Glend sind und sich nicht das Nötigste kaufen können. Dieser Vorgang sei den ganzen Wahnsinn der kapitalistischen Zolpolitik. Chef der Karlsruher Zollbehörde ist die Koalitionsregierung Zentrum-S.P.D.

Zwei Kraftwagenunfälle

Fünf Tote, zwei Schwerverletzte

M. Paris, 4. April. Bei einem Autorennen bei Jex (Marokko) ereigneten sich am Sonntag hintereinander zwei schwere Unfälle, bei denen fünf Personen den Tod fanden. Ein Wagen drehte sich in der Kurve mehrmals um seine eigene Achse und stürzte schließlich gegen einen Baum. Die beiden Insassen waren auf der Stelle tot. Wenig später wurde ein Personenwagen von einem Rennwagen angefahren und vollkommen zertrümmert. Die drei Insassen wurden getötet, während die beiden Insassen des Rennwagens mit schweren Verletzungen davonkamen.

Eine ganze Familie ermordet

In der Nähe eines Dorfes in Staate Neu-Mexiko überfielen Banditen ein in einer einsamen Gegend gelegenes Haus eines Farmers und töteten sechs Mitglieder der Familie, ein Kind wurde schwer verletzt. Dem Farmer selbst gelang es, zu fliehen. Die Banditen entkamen.

Im Kleinflugzeug über die Anden

Der englische Flieger Taylor hat in einem Kleinflugzeug, das mit einem 75 PS-Motor ausgestattet war, die Anden von Santiago de Chile nach Mendoza in Argentinien überflogen.

Liebesrevolte auf einer Leprainfel

Ausfägige überwältigen ihre Aufseher und bemächtigen sich der Frauen

Manila (Philippinen), 4. April. In der bei Manila eingerichteten Ausfägigenkolonie hat sich gestern eine schwere Meuterei der männlichen Ausfägigen ereignet, die in ihren Einzelheiten an den kürzlich in Spanien erfolgten Ausfägigenaufstand erinnert. 150 Ausfägige stellten plötzlich nach dem Essen auf ein verabredetes Zeichen über ihre Wärter her, überwältigten diese und stürmten dann in den Schlafsaal der weiblichen Kranken. Zwischen den Männern und Frauen entspann sich ein furchtbarer Kampf, wobei es zahlreiche Verletzte gab. Eine Anzahl Frauen wurden schwer mißhandelt, weil sie den wütenden Männern Widerstand leisteten.

Die Männer überwältigten schließlich etwa fünfzig Frauen und schleppten sie trotz ihrer verzweifelten Hilferufe mit sich auf offenes Land.

Starke Polizeimannschaften mußten aufgeboden werden, um die Ausfägigen wieder einzufangen und in die Krankenkolonie

zurückzubringen. Unter den Kranken herrschte schon seit langer Zeit eine starke Erregung, weil ihre wiederholten Forderungen nach Heirat mit ausfägigen Frauen abschlägig beschieden worden waren. Trotzdem traf die Liebesrevolte die Aufsichtsbeamten der Leproskolonie völlig unvorbereitet.

Doppelmord an einem Ehepaar

Münchenberg, 4. April. In dem kleinen Ort Markersreuth brach am Sonntagabend im Hause der Weberfamilie Schatz Feuer aus. Bei den Löscharbeiten fand man in einem Zimmer des Wohnhauses das Ehepaar Schatz erschossen auf. In der Wohnung wurden drei Patronenhülsen gefunden, eine Schußwaffe fehlte. Es liegt zweifellos ein Verbrechen vor. Ueber die Ursache der Tat schwebt noch völliges Dunkel. Das Haus der Eheleute Schatz steht abseits von der Ortschaft im Walde.

Verantwortlich: Alfred Brendel, Berlin.

Vom Erdboden verschwunden



Erdrutsch in Italien

Napoli, 4. April. Die Stadt Santo Stefano ist in der Nacht zum Sonntag von einer furchtbaren Katastrophe heimgesucht worden. 16 Häuser sind, ohne daß vorher irgendwelche Anzeichen des drohenden Unheils zu bemerken gewesen wären, in die Höhlen der alten Grabstätten, auf denen diese älteste Stadt Italiens aufgebaut ist, eingestürzt.

Die Katastrophe wird darauf zurückgeführt, daß die Decken der Grabgewölbe im Laufe der Jahrtausende durch den Einfluß des Wassers moirisch geworden sind. Glücklicherweise ist von den 2000 Einwohnern Santo Stefanos niemand zu Schaden gekommen.

Den ganzen Sonntag über waren die aus der Umgebung herbeigekommene Feuerwehrt und Soldaten damit beschäftigt, die verunglückten Häuser abzuräumen, um weitere Einstürze zu verhindern. Ob diese vorbeugende Tätigkeit Erfolg haben wird, muß allerdings noch bezweifelt werden.

Unsere Klassenpolitik im Präsidentenwahlkampf

Die Bedeutung der Kampfandatur des Genossen Ernst Thälmann

P. L. Die Präsidentenwahlen haben mit aller Schärfe die Fragen des Klassenkampfes, seine Strategie und Taktik in den Arbeitermassen aufgerollt und zur Diskussion gestellt. Fragen, die innerhalb der kommunistischen Partei zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind, über die es für Millionen Arbeiter, die bereits der kommunistischen Partei folgen, keiner besonderen Diskussion mehr bedarf, stehen jetzt plötzlich und außerordentlich scharf vor den Millionen Arbeitern, die entweder von der sozialdemokratischen Partei, von den reformistischen Gewerkschaften oder von der Bourgeoisie auf verschiedene Weise beeinflusst werden. Bourgeoisie, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten sind eifrig bemüht, das Bewußtsein der Arbeitermassen zu verwirren, daß auch in diesem Wahlkampf, im zweiten Wahlgang ebenso wie im ersten, die grundlegende, den Charakter des Wahlkampfes bestimmende Frage, die Frage des Kampfes zwischen den zwei Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft: Arbeiterklasse und Bourgeoisie, ist.

Für den proletarischen Rätesaat

Die kommunistische Partei hat auch im zweiten Wahlgang den Genossen Ernst Thälmann als roten Arbeiterkandidaten, als Kampfandatur aufgestellt. Keineswegs mit der Illusion, daß ein kommunistischer Reichspräsident des kapitalistischen Staates werden könnte. Die kommunistische Partei bekämpft diesen Staat, der die Herrschaftsmaschine der Bourgeoisie ist, wie sie den Kapitalismus bekämpft. Die kommunistische Partei ist für den proletarischen Arbeiterstaat in der Form der Räte, wie sie im November 1918 in Deutschland, wenn auch nur kurze Zeit, unvollkommen und unter sozialdemokratischem Einfluß stehend, bestanden und wie sie seit 1917 in Rußland bestehen, weil nur unter dieser Staatsform das Proletariat in der Lage ist, den Sozialismus aufzubauen. Die kommunistische Partei ist die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse. Ihre Kampfandatur zu den Präsidentenwahlen gibt den breiten Massen des arbeitenden Volkes eine Anleitung, wie sie im Kampf gegen die Bourgeoisie selbständig handelnd auftreten müssen. Die kommunistische Partei legt damit die aus dem jahrzehntelangen Kampfe des Proletariats gemonnene Erfahrung in die Tat um, daß die Arbeiterklasse im politischen Kampfe als Klasse politisch selbständig handelnd auftreten muß und sich nicht von irgendeiner Truppe der Bourgeoisie, auch wenn sie sich noch so „freiwillig“ und „fortschrittlich“ gebildet, am Gängelband führen lassen darf. Denn das würde bedeuten, daß das Proletariat zu einem Anhängel der Bourgeoisie wird.

Die Kandidatur des Genossen Thälmann ist darum die Klassenkandidatur des Proletariats, eine Kampfanfrage an die Bourgeoisie, Fahne des Klassenkampfes.

Der gemeinsame Staatsboden der SPD. und der Nazis

Die Sozialdemokratische Partei tritt für Hindenburg ein. Über Hindenburg ist der Präsident des kapitalistischen Staates, der Kandidat der Kapitalistenklasse, ganz gleich, ob alle Gruppen der Bourgeoisie hinter ihm stehen oder ob einige Gruppen Hitler als ihren Kandidaten präsentieren. Die Sozialdemokratie legt mit ihrer Stimmabgabe für Hindenburg nur erneut ein Bekenntnis ab für den Kapitalismus, für den kapitalistischen Staat, auf dessen Boden sie steht, mit dem sie verwachsen ist, und dessen Existenz und Erhaltung sie verteidigt.

Auf demselben Boden steht die Nazi-Partei. Es gibt in der Frage der Bejahung des kapitalistischen Staates zwischen der SPD. und den Nazis keine Meinungsverschiedenheiten. Ja, noch mehr: Sowohl SPD. wie Nazi-Partei treten für die Stärkung, für den Ausbau der Macht des kapitalistischen Staates ein. Der Streit zwischen beiden beginnt mit der Frage, welche Vertreter der kapitalistischen Klasse an der Spitze des Staates stehen, die Machtmittel des kapitalistischen Staates gegen das arbeitende Volk anzuwenden sollen.

SPD. und Nationalsozialisten sind die entschiedensten Gegner der proletarischen Staatsmacht. Das zeigt ganz deutlich ihr Verhalten zur Sowjetunion. Beide sind in der Frage des Kampfes gegen die Sowjetunion einig. Beide treten als konterrevolutionäre Vortrupps des imperialistischen Interventionskrieges gegen die Sowjetunion auf. Dabei ist es nur ein anderes Firmenschild, ob die Sozialdemokratie dies „im Namen der Demokratie“ tut oder die Nationalsozialisten ihre Feindschaft gegen die Sowjetunion damit begründen, daß sie „Europa vor dem Bolschewismus retten“ wollen.

Die Klassenkräfte entscheiden

Sozialdemokraten und Nationalsozialisten besorgen damit die Geschäfte der Bourgeoisie. Sie tun dies mit allen Mitteln und Methoden des Betrugs, der Verwirrung der Arbeiterklasse und der anderen arbeitenden Schichten. Eine dieser Methoden ist, daß sie den Massen einzureden versuchen, daß die Präsidentenwahlen und ihr Ausgang entscheidend für das weitere Schicksal der Massen sei. Verfassungsfragen sind Machtfragen nicht in dem Sinne, welche Vertreter der Kapitalistenklasse den kapitalistischen Staat leiten, sondern in dem Sinne, wie die Klassenkräfte aufeinander wirken, in welchem Kräfteverhältnis sie zueinander stehen.

Die deutsche Arbeiterklasse hat dieser Tage von der Realität der Klassenkräfte und ihrer Wirksamkeit durch den Streit der

böhmischen Bergarbeiter ein lebendiges Beispiel erhalten, das die tschechische Regierung gezwungen hat, anzuerkennen, daß die Kohlengruben nicht stillgelegt werden. Die entscheidende Frage, wie weit die Bourgeoisie in der Lage ist, ihre Offensive gegen das Proletariat — wozu auch die verstärkte faschistische Unterdrückungspolitik gehört — durchzuführen, oder ob die Bourgeoisie gezwungen ist, dem Proletariat Konzessionen zu machen, ihm politische Rechte und Freiheiten zu gewähren, diese Frage entscheidet das Proletariat durch seinen Kampf. Die Präsidentenwahlen bedeuten wie alle Wahlen im kapitalistischen Staat in ihrem Ergebnis nur ein höchst ungenaues statistisches Messen der Polarisierung der Klassenkräfte, die morgen schon durch den Gang des Klassenkampfes in ihrer Größe wesentlich verändert sein können.

Das Proletariat als Klasse stärken

Die Sozialdemokratie sucht mit dem „Argument“, daß die Kommunisten bereits im ersten Wahlgang ihre Stimmen gezählt haben, die Arbeiter abzuhalten, für die Kampfandatur des Genossen Thälmann auch im zweiten Wahlgang zu stimmen. Auch in diesem Falle handelt die Sozialdemokratie entsprechend den Interessen der Bourgeoisie, die zwar selbst ihre „demokratischen“ Einrichtungen — zu denen auch die Wahlen gehören — mit Verachtung behandelt, die bereit ist, jede dieser Einrichtungen zu beleitigen, wenn ihre Interessen es erfordern, die aber genau weiß, daß die für den kommunistischen Kandidaten abgegebenen Stimmen ein politischer Machtfaktor der Arbeiterklasse sind. Denn je größer das Heer der Millionen ist, das sich zur Fahne des Klassenkampfes unter der Führung der kommunistischen Partei bekennt, um so größer wird die Widerstandskraft und der Angriffswille in den Reihen der Arbeiterklasse.

Wer daher den Arbeitern den „Rat“ gibt, für Hindenburg oder Hitler zu stimmen oder nicht zur Wahl zu gehen, weil doch die kommunistische Partei „ihre Stimmen bereits gezählt“ habe und sie bei den Freiwahlen wieder „zählen“ könne, der hat die entschiedene Absicht, die Bourgeoisie zu stärken und das Proletariat als Klasse, als politischen Machtfaktor, zu schwächen.

Wie der Faschismus geschlagen wird

Nicht weniger schändlich ist das andere niederträchtige „Argument“ der SPD: „Schlagt Hitler, wählt Hindenburg“, oder die Phrase: „Wer Thälmann wählt, hilft Hitler!“ Man kann Hitler nicht schlagen durch die Wahl Hindenburgs, weil man nicht den Kapitalismus durch und mit Hilfe der Vertreter der kapitalistischen Klasse schlagen kann, ebensowenig wie man Feuer mit Feuer bekämpfen kann.

Wer Thälmann wählt, entscheidet sich für die Arbeiterklasse, für ihren Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und damit gegen Hindenburg und Hitler.

Die Bourgeoisie und ihre Vertreter werden nicht bei Präsidentenwahlen oder anderen Parlamentswahlen geschlagen. Der Faschismus als Herrschaftsmethode der Bourgeoisie wird weder bei dieser oder einer anderen Wahl vernichtet. Vernichtet wird der Faschismus, geschlagen wird die Bourgeoisie durch den Kampf der Arbeiterklasse, von den täglichen Kämpfen bis zum endgültigen Sieg des Proletariats.

Der Kampf um die Mehrheit des Proletariats

Das ist die strategische und taktische Orientierung der kommunistischen Partei, wie sie vor allem durch das Februarplenum unseres Zentralkomitees von neuem fest-

Hitlers Hotelrechnung: In 10 Tagen über 4000 Mark

In schleimiger Knechteligkeit wetteifern die nationalsozialistischen Goldschreiber in der Beweihräucherung des zweiten Reichspräsidentenwahlkandidaten der Bourgeoisie, des Naziführers Hitler. Ganze Seiten der Naziblätter sind voll Lobhudeleien über den „großen“ Führer. In einem Artikel „Adolf Hitler, der große Führer als Mensch“ im „Völkischen Beobachter“ vom 30. März heißt es u. a. auch:

„So sei denn auch hier verraten, wie der Mann lebt, der in wenigen Wochen der Nationalsozialistischen Partei eine halbe Million Mark durch seine Reden einbrachte: Suppe, Gemüseplatte und dazu eine Flasche Mineralwasser, keinen Alkohol, kein Fleisch, keine Zigarre, keine Zigarette... Spartaniische Einfachheit kennzeichnet Adolf Hitlers Leben.“

Das ist die Wahrheit, wer anders spricht, der lügt. Nun, wir haben in diese „Wahrheit“ berechtigte Zweifel gesetzt, denn die Arbeiterklasse hat die üppigen Festessen Hitlers mit den Großindustriellen nicht vergessen. Die Arbeiterklasse weiß von den Luxusautomobilen, in denen der „Arbeiter“-führer seine Reisen macht. Und wir sind darum auch der „spartanischen Einfachheit“ Hitlers nachgegangen. Was wir dabei festgestellt haben, das ist ebenso aufreizend wie vernichtend für Hitler und seine Partei. Wir haben festgestellt, daß

Hitler im Hotel Kaiserhof, Berlin W 8, in zehn Tagen nicht weniger als 4048 Mark auf den Kopf geschlagen hat.

Im einzelnen verteilen sich diese Summen auf folgende Ausgaben:

12 Zimmer für 10 Tage	2830 Mark
Frühstück pro Tag 27,60 Mark	276 „
Mahlzeiten	600 „
Bier und Wasser	208 „
Telephon und Wäsche	25,60 „
Auf Konsumation 10 Prozent Bedienung	108,40 „

Insgesamt 4048,00 M.

So lebt der „Arbeiter“-führer Hitler in Wirklichkeit! Er kann es sich auch leisten. Die Kapitalisten, deren Politik er macht, bezahlen ihn gut. Erst vor einigen Tagen wurde wieder gerichts-

gelegt wurde. In der Linie der Durchführung dieser Aufgaben steht für die kommunistische Partei der Kampf um die eigene Klasse, die Sammlung der Arbeiterklasse unter der Fahne des revolutionären Klassenkampfes. Darum sagen die Februarbeschlüsse des ZK-Plenums, daß die Verschärfung des Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat

„immer dringender vor die SPD. die strategische Hauptaufgabe: Gewinnung der Mehrheit des Proletariats für den Kampf um die Eroberung der Macht“.

stellt und daß „das entscheidende Kettenglied der proletarischen Politik in Deutschland die richtige Anwendung der revolutionären Einheitsfront von unten“, d. h. die Herstellung der Einheit des Proletariats auf der Grundlage des Kampfes gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, gegen jeden Willkürakt der Unternehmer und der Bourgeoisie ist.

Die Frage der Verbündeten

Der Wahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen ist nur ein Teil des Klassenkampfes. Die kommunistische Partei beteiligt sich an den Wahlen, weil sie im Interesse der Arbeiterklasse und des Kampfes jede Möglichkeit ausnützen muß, um vor den Massen die Fragen des Kampfes um die täglichen Forderungen sowohl wie des Kampfes um das Endziel aufzurollen, alle Arbeiter und die anderen Schichten des arbeitenden Volkes für diesen Kampf zu gewinnen. In diesem Kampf stellt die kommunistische Partei wie in allen anderen Kämpfen zugleich auch die Frage der Gewinnung der anderen arbeitenden Schichten als Verbündete unter der Führung des Proletariats. Denn die Massen der Kleinbauern und der Kleinbürger unterliegen ebenso wie das Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft, wo die kapitalistischen Trusts und Monopole die unbeschränkte Herrschaft haben, der Ausplünderung und Unterdrückung. Sie sind deshalb als Verbündete des Proletariats zu gewinnen.

Über diese Verbündeten können nicht gewonnen werden dadurch, daß die Arbeiterklasse aufhört, als Klasse aufzutreten und zu handeln. Im Gegenteil. Die Kleinbäuerlichen und Kleinbürgerlichen Schichten werden als Verbündete nur gewonnen durch den selbständigen politischen Kampf der Arbeiterklasse. „Die Kraft des Kleinbürgertums“, sagt Lenin mit vollem Recht, „ist die Kraft des Schwankens.“ Solange die Arbeiterklasse ihre eigenen Klassenkräfte nicht entwickelt, nicht einen entschiedenen Klassenkampf führt, so lange wird das Kleinbürgertum auf die Seite der Bourgeoisie schwanken, so lange werden die Nationalsozialisten imstande sein, das Kleinbürgertum politisch zu beeinflussen und der reaktionären faschistischen Politik des Finanzkapitals unterzuordnen.

Für den revolutionären Ausweg

Darum steht für die kommunistische Partei die Aufgabe nicht so: Erst die Mehrheit des Proletariats für den Klassenkampf gewinnen und dann die kleinbürgerlichen Schichten zu Verbündeten, sondern beide Aufgaben sind miteinander auf das engste verbunden. Eben deshalb sagen die Februarbeschlüsse des ZK-Plenums:

Die Lösung dieser Aufgaben erfordert, die Massen unter Zerschlagung der Betrugsmaschine der Sozialdemokratie in den Kampf gegen Hunger, faschistische Reaktion und nationale Unterdrückung, gegen jeden kapitalistischen Ausweg aus der Krise, und für den revolutionären Ausweg zu führen. In den Dienst dieser Hauptaufgaben müssen alle Kampagnen, die gesamte Politik und Arbeit der Partei gestellt werden.“

Die kommunistische Partei sammelt auch im zweiten Wahlgang der Präsidentschaft die Massen zum unverfälschten Kampfe gegen die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Stützen.

notorisch festgestellt, daß von den amerikanischen Warenhauskonzernen Woolworth große Summen in die Kassen der Hitlerpartei geflossen sind. Angesichts dieser Tatsache ist es eine blutige Verhöhnung der Erwerbslosen, wenn die nationalsozialistischen Zeitungen von „spartanischer Einfachheit“ Hitlers schreiben. Diese Einfachheit sieht so aus, daß er mit seinem Stab in 10 Tagen allein eine Hotelrechnung macht, die höher ist als die Erwerbslosenunterstützung für 200 Erwerbslose mit ihren Familien. Welcher wertvolle Nationalsozialist, welcher erwerbslose SA-Mann mag es angesichts dieser aufreizenden Tatsache noch für Adolf Hitler und für die NSDAP. unter Arbeitern zu werben. Welcher wertvolle Nationalsozialist sieht nicht ein, daß es falsch war, daß er solchen Führern jemals Vertrauen geschenkt hat!

Kein Arbeitsloser, kein Arbeiter darf den Hitler-Goebbels, Strahler und Konjorten auch nur noch einen Tag länger Gefolgschaft leisten. Die Naziführer prassen und schlemmen, die Erwerbslosen hungern. Das ist die Moral des Nationalsozialismus.

Diesen Zustand will Hitler mit seinem Dritten Reich verewigen. Dagegen kämpfen wir. Wir wollen Arbeit, Brot und Freiheit für die Werttätigen. Wir wollen den Sozialismus an Stelle des Kapitalismus. Wir wollen die proletarische Freiheit an Stelle des Faschismus. Erwerbslose Nationalsozialisten, kommt zu uns in die rote Einheitsfront! Kämpft mit Ernst Thälmann, kämpft mit der kommunistischen Partei!

Paul von Hindenburg Generalfeldmarschall, Reichspräsident	<input type="radio"/>
Adolf Hitler Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst	<input type="radio"/>
Ernst Thälmann Transportarbeiter, Hamburg	<input checked="" type="radio"/>

Sammelt für den Kampf Fonds

